

Auf den Spuren
liberaler Denker

Der Liberalismus als Identitätsressource der Bundesrepublik

Jens Hacke

Die liberale Idee hat es in Deutschland von jeher schwer gehabt. Ihre Geschichte ist von Niederlagen, Rückschlägen, vorschneller Selbstpreisgabe und auch von Tragik geprägt. Das wird deutlich, wenn man sich mit dem langen Leidensweg des Liberalismus hierzulande befasst. Blickt man auf den südwestdeutschen Liberalismus, auf den Vormärz und die Revolution von 1848, den Nationalliberalismus im Kaiserreich, die Erosion des bürgerlichen Liberalismus in der Weimarer Republik und den Untergang des Bürgertums im Nationalsozialismus, so bleibt zu konstatieren, dass die eine Freiheitsbewegung in Deutschland zwar ehrenwerte Gestalten hervorbrachte, insgesamt jedoch unterlegen, wenn nicht gar chancenlos blieb. Theodor Mommsens verzweifelt geäußertes, aber unerfüllt gebliebener Wunsch, „ein Bürger zu sein“, gehört in diese historische Reihung ebenso wie die von Thomas Mann überwundene „machtgeschützte Innerlichkeit“. Dessen bewunderungswürdiges Bekenntnis zur Weimarer Republik blieb allerdings in vielerlei Hinsicht eher ästhetischer Natur und bewirkte angesichts zögerlicher Vernunftrepublikaner keine entschlossene Wendung zu den politischen Werten des Westens innerhalb der intellektuellen Klasse.

So ist das Gelingen der Demokratie nach 1945 erklärungsbedürftig, denn nirgends ist von einer *success story* des Liberalismus in Deutschland die Rede, obgleich der nachhaltige Erfolg des Grundgesetzes ohne eine allgemeine Anerken-

nung liberaler Werte in breiten Bevölkerungsteilen wie unter den meinungsführenden Intellektuellen nicht denkbar ist. Vieles spricht dafür, dass man die Ideengeschichte der Bundesrepublik Deutschland als zwar verspätete, aber nachhaltige Erfolgsgeschichte des Liberalismus erzählen kann. Das mag auf den ersten Blick seltsam scheinen, zieren sich doch die meisten, überhaupt einen einflussreichen liberalen politischen Denker für die Bundesrepublik zu benennen. Ralf Dahrendorf ist derjenige, der vermutlich als Einziger unangefochten in dem Ruf steht, ein politisch liberaler Intellektueller zu sein. Aber Dahrendorf hat sich früh nach England hin orientiert. Wäre es nicht seltsam, wenn es innerhalb einer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ – wie wir unseren Staat gemeinhin nennen – keine repräsentativen Denker des Liberalismus gäbe? Wer bleibt also, wenn man nach gewichtigen Theoretikern der liberalen politischen Idee in der Bundesrepublik Ausschau hält?

Nun ist es kein Geheimnis, dass die intellektuelle Verankerung der westdeutschen Demokratie sich ganz wesentlich den Vorgaben der Alliierten und deren Re-Education-Programm verdankt. Demokratie und freiheitliche Werte hätten aber kaum Anklang gefunden, wenn nicht auch abseits des unmittelbaren Ideenimports nach Wegen gesucht worden wäre, eigene intellektuelle Traditionslinien und Begründungen für den liberalen Verfassungsstaat ausfindig zu machen. Die Initiativen dazu waren viel-

fällig: In den Sozial- und Politikwissenschaften haben Remigranten wie Ernst Fraenkel, Erich Voegelin und Arnold Bergstraesser dazu beigetragen, eine „Demokratiwissenschaft“ zu etablieren. Andere Vertreter einer „inneren Emigration“ wie Dolf Sternberger und Theodor Eschenburg wurden als Professoren und Leitartikler zu bedeutenden politischen Erziehern der frühen Bundesrepublik, während vom Umkreis der Frankfurter Schule Impulse dazu ausgingen, die Adenauer-Ära gesellschaftskritisch in den Blick zu nehmen. Aber man erinnere sich auch, dass die nationalsozialistisch belasteten Gelehrten Martin Heidegger, Hans Freyer, Arnold Gehlen, Ernst Forsthoff oder Carl Schmitt in den 1950er-Jahren immer noch als wichtige Stichwortgeber fungierten, in einer Zeit, die mittlerweile auch von den Historikern nicht mehr als Ära der Restauration, sondern als eine Phase forciert Liberalisierung beschrieben wird.

Liberale Traditionslinien

Diese widersprüchliche Kombination sorgte für ein gereiztes, aber auch reizvolles intellektuelles Klima: die Dominanz kulturkritischer, demokratiskeptischer Intellektueller in der Frühphase der Bundesrepublik einerseits und andererseits der Aufstieg der „skeptischen Generation“ (Helmut Schelsky), die vielfach aus Flakhelfern oder sogar jungen Soldaten im Zweiten Weltkrieg bestand und zur wohl prägenden und geistig einflussreichsten Gruppe der alten Bundesrepublik wurde. Einige wie der vielleicht bedeutendste Historiker in der Bundesrepublik, der im letzten Jahr verstorbene Reinhart Koselleck, hatten keine Berührungsängste mit einem politisch desavouierten Konservatismus, sie lasen Carl Schmitt und diskutierten mit ihm, waren von Gehlen und Freyer beeindruckt, wurden aber dennoch – im Gegensatz zu vielen ihrer Lehrer – liberale Demokraten. Sie waren

nicht lediglich ein Produkt von Re-Education und Westernisierung, sondern begründeten ihre antiideologische und antitotalitäre Haltung vor allem in der Auseinandersetzung mit deutschen Traditionen. Natürlich spielten angloamerikanische, angelsächsische und französische Einflüsse auch bei ihnen eine Rolle, aber ihre eigentlichen Bezugspunkte waren deutsche Traditionen, die das Potenzial liberaler Anknüpfung boten – Immanuel Kant, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Lorenz von Stein, Max Weber, um nur einige zu nennen. Der weite geistige Horizont, die existenzielle Kriegserfahrung, der demokratische Neuanfang, das Zusammendenken von Geschichte, Philosophie, Soziologie und Politik – dies alles macht das intellektuelle Leben dieser ersten bundesrepublikanischen Akademikergeneration so außerordentlich.

Innerhalb dieser Gruppe von Geisteswissenschaftlern ist wiederum eine Gruppe besonders auffällig, da sie eine erstaunliche ideelle Kohärenz aufwies und seit den 1960er-Jahren nahezu überall mitmischte. Spätestens seit den 1970er-Jahren wurde sie von der Linken als die potenziell gefährlichste „neokonservative“ Strömung der Bundesrepublik identifiziert: die Philosophen und Staatsrechtler aus der Schule des Münsteraner Philosophen Joachim Ritter, der mit seiner liberalen Hegel-Interpretation gegen diejenige Karl Poppers aufbegehrte und den aristotelischen Bürgersinn aktualisierte. Hier erkannten die Achtundsechziger die „bürgerliche Ideologie“ in ihrer reaktionärsten Variante. Das erscheint im Rückblick kurios, zumal die Arbeiten dieser Vertreter der Ritter-Schule – Hermann Lübke, Odo Marquard, Robert Spaemann, Ernst-Wolfgang Böckenförde und Martin Kriele – in ihrer Entfaltung liberaler Prinzipien heute noch immer aktuell erscheinen und in ihrer Zivilität schwerlich „reaktionäres“ Gedankengut mit Gefahrenpotenzial offenbaren.

Die Wichtigkeit der Schüler Ritters wurde also frühzeitig von ihrem größten Widersacher nahegelegt: Jürgen Habermas. Habermas verdächtigte Lübke und Marquard, antiliberal und seinem Projekt der Moderne unzuträgliche Traditionsstränge wiederzubeleben: die dunklen Kräfte der Tradition, der Religion und die kompensatorischen (deswegen apolitischen) Wirkungen der Kultur. Dieser Vorwurf überzeugt schon lange nicht mehr. Und je vertiefter die Auseinandersetzung mit den vermeintlich rückwärts-gewandten Philosophen dieser Couleur geführt wird, desto mehr Respekt verlangt die unaufgeregte, skeptisch-ironische „Verteidigung des Unvollkommenen“, wie sie sich in Marquards *Apologie der Bürgerlichkeit* und Lübkes Plädoyer für aufgeklärte zivilreligiöse Praxen findet. Die Ritterianer gingen von einer im Großen und Ganzen zustimmungsfähigen politischen Wirklichkeit aus, die sich ihnen in der Bonner Republik darbot. „Die Bundesrepublik ist keine versäumte Revolution, sondern eine gelungene Demokratie“, sie ist „mehr Nichtkrise als Krise“, wendete Marquard gegen diejenigen ein, die Legitimations- und Strukturprobleme des „Spätkapitalismus“ beschworen. Mit *Common Sense* stritten die Ritterianer für das Machbare, warben für Realismus und für die Selbstbeschränkung der Theorie – das aber auf philosophisch höchstem Niveau. Der Hobbes-Satz *auctoritas non veritas facit legem* diente ihnen als Warnung vor einer ideologischen Selbstüberhebung der Intellektuellen. Absolute Wahrheitsansprüche waren ihnen suspekt, und die Forderung nach Demokratisierung galt wenig, wenn nicht liberale Institutionen für die nötigen *checks and balances* sorgten.

Lübke und Habermas

Aus heutiger Sicht kann man freilich beide Stränge politischen Denkens in der Bundesrepublik – den Habermas'schen

und den Lübke'schen – als zwei Wege zur gelebten liberalen Idee begreifen. Habermas sah die tendenziell repressiven staatlichen Institutionen als Hindernis für die Demokratisierung der Gesellschaft an. In ihnen wirkten vordemokratische Relikte, und die Klassenantagonismen der bürgerlichen Gesellschaft blieben durch sie konserviert. Sein Ziel war der mündige Bürger, der sich im herrschaftsfreien Diskurs engagierte. Die Theorie des kommunikativen Handelns wurde zunächst ausdrücklich jenseits der Institutionen entwickelt. Keiner würde Habermas allerdings bestreiten wollen, eine im Kern liberale Idee zu vertreten, denn die persönlichen Freiheitsrechte des Bürgers bilden das Zentrum seiner politischen Philosophie. Lübke und Marquard wählten einen anderen Weg: In der frühen Bundesrepublik misstrauten sie der politischen Reife des Einzelnen und setzten auf die Prägekraft einer Normativität des Faktischen. Sie vertrauten der Institutionenordnung in der parlamentarischen Demokratie. Gewaltenteilung, Legitimation durch Verfahren und die Entscheidungsvernunft der gewählten Amtsträger bildeten die Grundlagen für das Gelingen einer Demokratie.

Im Rückblick wird deutlich, wie sehr sich die beiden für die Bundesrepublik konstitutiven Denkschulen einander angenähert haben. Hermann Lübke sieht den *Common Sense* in Deutschland so weit wiederhergestellt, dass er – am Vorbild der Schweiz orientiert – für neue Elemente direkter Demokratie wirbt. Jürgen Habermas hat mit seiner verfassungspatriotischen Wende die Stabilität der bundesdeutschen Institutionen schätzen gelernt. Er vertraut auch im Zuge der europäischen Einigung weiterhin auf Institutionalisierungsdynamiken. Auch scheint Habermas mittlerweile seinen Frieden mit den liberalkonservativen Opponenten gemacht zu haben; in jüngeren Äußerungen betont er ihre staatstragende Wirkung.

Die Haltung der Ritter-Schüler mit der Bezeichnung Liberalkonservatismus zu versehen ist nicht als fauler Kompromiss zu verstehen, ist damit doch ausgedrückt, liberale Werte zu bewahren und zu schützen. Ein moderner Liberalismus sollte sich darum bemühen, das kulturelle Umfeld, in dem liberale Ideen zur Geltung kommen, zu pflegen. Daher ist die neuerliche Debatte um Bürgerlichkeit ein willkommener Anlass, über die kulturellen und geistigen Voraussetzungen des freiheitlich säkularisierten Staates nachzudenken – dieser kann seine Erhaltungsbedingungen zwar nicht garantieren, um das Diktum des Ritter-Schülers Ernst-Wolfgang Böckenförde zu variieren, aber er kann für sie eintreten und sie fördern. Ein moderner Liberalismus scheint deswegen beides gleichrangig zu benötigen: die Pflege und Selbstbewussterwerdung seiner eigenen Erfolgsgeschichte auf der einen Seite sowie im Sinne Hannah Arendts den beständigen Mut zum Neuanfang, zur Neubegründung des gemeinschaftlichen politischen Handelns in Freiheit.

Als wichtige Identitätsressource der Bundesrepublik sollte die Entfaltung einer spezifisch deutschen Traditionslinie des Liberalkonservatismus nicht unterschätzt werden. Er hat die Bundesrepublik in ihren Grundsätzen zäh verteidigt und ihr nachträglich eine intellektuelle Begründung geliefert. Marquard und Lübke ist bisweilen vorgeworfen worden, sie huldigten einem kulturellen Biedermeier. Wer sie aufmerksam liest, kann das nicht ernstlich glauben. Der liberale Pragmatismus ist von der philosophischen Einsicht bestimmt, dass Theorie allein keine bessere Welt schafft. Der moderne Liberale weiß auch, dass die Menschen Widerlager in ihrer unmittelbaren Lebenswelt anlegen, um die beschleunigten Modernisierungsprozesse, die ohnehin stattfinden, kompensieren zu können, und dass man das Streben nach dem gu-

ten bürgerlichen Leben im politischen wie im kulturellen Sinne nicht aufgeben sollte.

Konstruktive Reform anstelle uferloser Kritik – aus dieser Überzeugung des engagierten Intellektuellen haben die Ritterianer die Grundsätze ihrer politischen Philosophie artikuliert. Dahinter steht ein Ethos der bescheidenen und selbstverständlichen Identifikation mit dem Gemeinwesen, dem man als Bürger angehört. Identität haben Lübke und Marquard stets mit Bezug auf die unmittelbare Lebenswelt des Bürgers definiert, der Verantwortung trägt und seine soziale Wirklichkeit mitgestalten möchte. Damit setzen sie auf einen kompensatorischen Effekt – je unaufhaltsamer die Globalisierung, desto stärker wird das Bedürfnis nach regionalen und lokalen Gegengewichten; je forcierter der Trend zur europäischen Einigung und supranationaler Integration, desto stärker werden föderale Tendenzen – kurz: Universalisierung und Uniformierung sind nicht ohne Individualisierung und Ausdifferenzierung zu haben.

Zu Veränderungen kann nur derjenige schreiten, der weiß, wer er ist, weil er die Traditionen kennt, auf denen er aufbaut. Angesichts der bisweilen aufgeregten inszenierten Debatten um Leitkultur und Patriotismus, aber auch hinsichtlich der verblässenden Orientierungskraft, die aus der normativen Absetzung vom Nationalsozialismus gewonnen werden kann, ist es hilfreich, sich an den besonnenen Liberalkonservatismus der Ritter-Schule zu erinnern. Ohne dass er auf aktuelle Theoriemoden Wert legte, trat er weit vor der Zeit für eine Zivilgesellschaft im besten Sinne ein und erkannte in der Verallgemeinerung von Bürgerlichkeit und Zivilität nicht nur den beherrschenden Trend, sondern auch den einzig gangbaren Weg. Diese liberalen Werthaltungen werden auch weiterhin zur ideellen Grundausstattung der Bundesrepublik gehören.